

## **In der Senatssitzung am 7. März 2023 beschlossene Fassung**

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

24.02.2023

### **Vorlage für die Sitzung des Senats am 07.03.2023**

#### **„Aufnahme ins Rainbow Cities Network“**

##### **A. Problem**

Die Bremische Bürgerschaft hat auf ihrer Sitzung am 08./09.12.2021 die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven gebeten, „sich um die Aufnahme in das Rainbow Cities Network zu bemühen und sich in diesem Städtenetzwerk aktiv einzubringen“ (Drs. 20/1109). Der Senat hat den Beschluss am 14.12.2021 an die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport zur weiteren Veranlassung überwiesen.

Das Rainbow Cities Network ist ein weltweites Netzwerk von mittlerweile 38 Städten, die sich aktiv zur Förderung der Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt einsetzen. Aus Deutschland sind die Städte Berlin, Köln, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Heidelberg, Mannheim, Nürnberg, München und Wiesbaden im Netzwerk vertreten.

Die Ziele des Netzwerks sind:

- Austausch von Erfahrungen zu LGBTQI+-Themen in der lokalen Politik.
- Zusammenarbeit an bestimmten Themen, in Projekten oder auf andere Weise.
- Austausch lokaler bewährter Verfahren und Initiativen in Bezug auf sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität.
- Informationen über internationale Entwicklungen in der LGBTQI+-Politik.
- Vernetzung mit internationalen Netzwerken und Organisationen.

Einmal jährlich findet ein Treffen in einer der Mitgliedsstädte statt. Für die Treffen verfassen alle Städte sogenannte One-Pager, in denen sie die Fortschritte und Entwicklung der lokalen LGBTQI+ Politik darstellen und zusammenfassen. Diese Übersichten sind die Grundlage für den Austausch. Dadurch besteht die Möglichkeiten von den Erfahrungen anderer Staaten und Städte zu profitieren, Vernetzung innerhalb und außerhalb Deutschlands und Europas zu schaffen und gemeinsame Aktionen zu planen.

Für einen Beitritt müssen bestimmte Bedingungen erfüllt werden, u.a. muss die politische Unterstützung der Arbeit des Netzwerks durch die Unterzeichnung eines „Memorandum of Understanding“ zugesichert werden. Zudem müssen die beitretenden Städte einen Mitgliedsbeitrag zahlen, der sich an der Bevölkerungszahl der jeweiligen Stadt orientiert.

##### **B. Lösung**

Die Stadtgemeinde Bremen stellt einen Antrag auf Aufnahme in das Rainbow Cities Network. Eine Neuaufnahme erfolgt alle zwei Jahre bei den jährlichen Treffen der Mitgliedsstädte. Der nächste Termin zur Abstimmung über die Aufnahme wird vom Rainbow Cities Network noch bekanntgegeben.

##### **C. Alternativen**

Werden nicht empfohlen.

**D.     Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung**

Der Mitgliedsbeitrag für die Stadtgemeinde Bremen in Höhe von jährlich 2.000 € wird aus dem PPL 41 finanziert. Die Aufnahme hat keine personellen Auswirkungen und erfasst alle Personen jeglichen Geschlechts.

**E.     Beteiligung / Abstimmung**

Die Abstimmung mit der Senatskanzlei ist eingeleitet.

**F.     Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

**G.     Beschluss**

Der Senat stimmt dem Beitritt in das Rainbow Cities Network zu.